Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

72 (25.3.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 40 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 72. II. Blatt. Karlsruhe, Freitag, den 25. März **1892.**

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 24. März.

52. Sitzung der 2 Kammer.

Am Ministertisch: Finanzminister Ellstätter, Ministerialdirektor Seubert, Generaldirektor Eisenlohr, Betriebsdirektor Schupp.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Der Sekretär verliest die neuen Eingänge, darunter eine Bittschrift der badischen Rathschreiber.

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein, Fortsetzung der Berathung des Spezialbudgets der Eisenbahnbetriebsverwaltung.

Bei der Berathung des Titels 1, Gehalt und Wohnungsgeld der etatsmäßigen Beamten bemerkt

Abg. Heimburger, daß er in der Kommission Widerspruch gegen einzelne Mehreinstellungen von Beamtengehältern erhoben habe, denselben aber im Plenum nicht wiederholen wolle.

Abg. Hug erklärt dasselbe und richtet an die Regierung die Bitte, sie möge den Tantiemesatz der einzelnen Beamten, die von Orten mit höherer Tantieme an Orte mit niedriger oder gar keiner Tantieme versetzt werden, in gleicher Höhe für dieselben beibehalten.

Finanzminister Ellstätter erwidert, daß die Tantieme an den verschiedenen Orten auch verschieden hoch seien und daß der Beamte keinen Anspruch darauf habe, die zufällig höheren Tantiemen eines Ortes auch im Falle seiner Versetzung weiter zu beziehen. Werde er an einen Ort versetzt, wo geringere oder gar keine Tantiemen ausgeworfen seien, so könne man ihm nicht seine früheren Tantiemen auch an diesem Orte weiter zahlen, schon in Rücksicht auf die übrigen Beamten nicht, die sich durch eine solche Bevorzugung bezüglich der höheren Tantieme für einzelne Beamte verletzt fühlen würden.

Abg. Kriechle spricht den Wunsch aus, daß die Bezirksbauinspektion der strategischen Bahnstrecke in Stühlingen erhalten bleiben möge.

Generaldirektor Eisenlohr bemerkt, daß für den Sitz der technischen Behörde dieser Bahnstrecke noch kein bestimmter Ort in Aussicht genommen sei, und die Regierung natürlich den am meisten geeigneten Ort dafür auswählen werde.

Abg. Schättgen: Alsbald nach seiner Rede über die Frauenreformbestrebungen hätten liebenswürdige Damen seines Wahlkreises den Rath der Badischen Landeszeitung befolgt und ihm Blumenspenden überreicht; in Freiburg habe man ihm einen Kochlöffel dedizirt und in Karlsruhe sei zu seinen Ehren sogar ein Schrubberfest veranstaltet worden. Er habe damals seine Aeußerungen über die Frauen gar nicht so böse gemeint. Daß er auch ein gutes Herz für die Frauen habe, gehe aus einer der Etatspositionen hervor, welche die etatsmäßige Anstellung weiblicher Bediensteten in der Bahnverwaltung betreffe und auf seine Veranlassung getroffen worden sei. Er danke der Regierung für die etatsmäßige Anstellung der Telegraphistinnen und Expeditionsgehilfinnen; er hoffe aber, daß auch der Finanzminister ein gutes Herz für die Damen zeige und die jetzigen 15 Stellen auf 25 oder 30 im nächsten Budget erhöhen werde.

Berichterstatter Abg. Wilckens bemerkt, daß in der Kommission gleichfalls die Vermehrung der Stellen für Bureaubeamte in Erwägung gezogen wurde und weitere Vorschläge vorbehalten blieben. Mit der Anschauung des Ministers über die niedrigen Tantiemen bei Versetzungen könne er sich nicht einverstanden erklären; es sei doch recht und billig, daß der Beamte im Falle einer Versetzung nicht in seinen Bezügen verkürzt werden dürfe. Er hoffe, daß die Regierung den in der Kommission gegebenen Anregungen in dieser Hinsicht folgen werde.

Das Haus genehmigt hierauf Titel 1 für 1892, 6,445,300 Mark und 6,567,840 Mark für 1893, gegen früher jährlich 234,760 Mark mehr. Diese Mehrausgabe ist wesentlich durch die Neuanstellung von Beamten und Erhöhung ihrer Bezüge veranlaßt. Es soll in Klasse D I. eine neue Stelle geschaffen, ferner die Zahl der Stellen in Klasse E III. von 37 auf 40 erhöht werden. Die Kommission hat gegen die Bewilligung der weiter angeforderten Dienstzulagen nichts einzuwenden und ist insbesondere auch damit einverstanden, daß die großh. Regierung aus dem Mönchensteiner Eisenbahnunglück Veranlassung genommen hat, sämmtliche Eisenbahnbrücken des Landes durch einen besonderen technischen Beamten einer außerordentlichen Prüfung auf ihre Standfestigkeit unterziehen zu lassen, womit derselbe jetzt noch ausschließlich beschäftigt ist. Die Zahl der Beamten unter F IV. ferner soll nach den Anforderungen des Budgets von 51 auf 59 erhöht werden; weiter werden zwei neue Stationskontroleure (F VI.) ein Trigonometer G III. und fünf Beamte für H I. gefordert; so daß die Zahl der Letzteren von 110 auf 115 steigt. Für 68 derselben werden Dienstzulagen als Ersatz für den Wegfall von Tantiemen aus Wag-, Verlad- ꝛc. Gebühren im Gesammtbetrage von 4165 Mark gefordert. Die Zahl der unter H IX. anzustellenden Beamten soll von 241 auf 264 gebracht und für Expeditions- und Telegraphengehilfinnen 15 etatmäßige Stellen (H XIII.) geschaffen werden. Die Zahl der Bureauassistenten wird von 16 auf 29 erhöht, die Zahl der Beamten nach I VIII. von 386 auf 423; es sollen nämlich wegen vermehrten Bedarfs 27 neue etatsmäßige Stellen für Lokomotivführer geschaffen werden. Weiter wird die Zahl der Beamten nach K VI. von 188 auf 223 erhöht, darunter 25 neue Oberschaffner und 14 Billetausgeber I. Klasse. Die Zahl der Weichensteller und Bahnwärter beträgt im Ganzen 1575. Die Regierung hat einen früher in der Kammer geäußerten Wunsch zu Folge solche Beamte, bei welchen eine Tarifvorschrift das Vorrücken in eine höhere Tarifabtheilung von einer Prüfung abhängig macht, von der Prüfung entbunden, sofern dieselben mindestens 10 Jahre zur Zufriedenheit ihrer vorgesetzten Behörde sich in der desfallsigen Anstellung befunden haben. Das Finanzministerium erklärt ferner, es sei in seinem Ressort zu Gunsten aller Beamten, bei denen diese Voraussetzung zugetroffen habe, verfahren worden; auch habe Niemand, weil etwa die vorgesetzte Behörde mit den Dienstleistungen des Beamten nicht zufrieden gewesen, von dieser Vergünstigung ausgeschlossen werden müssen.

Titel 2, andere persönliche Ausgaben, für 1892 6,648,540 M., für 1893 6,683,740 M., wird ohne Verhandlung genehmigt, ebenso Titel 3, allgemein sachliche Kosten, für 1892 1,341,600 Mark und für 1893 1,355,600 Mark.

Bei Titel 4, Kosten der Unterhaltung der Bahnhofsanlagen, wünscht

Abg. Schüler die Errichtung von Schutzhallen an den Haltestellen der Lokalbahnen.

Generaldirektor Eisenlohr erwidert, daß der Verwaltung durch die Errichtung solcher Schutzhallen neue große Ausgaben erwachsen würden, die bei den billigen Tarifsätzen für die Lokalbahnen nicht geleistet werden könnten. Auch könnten wohl eher die Gemeinden ein Interesse an der Errichtung solcher Hallen nehmen und es stehe ihnen frei, solche Hallen auf ihre Kosten im Benehmen mit der Bahnverwaltung zu errichten.

Abg. Keller bespricht die unzulänglichen Zustände des Bruchsaler Bahnhofes und bittet, eine Verbesserung seiner Einrichtungen in's Auge fassen zu wollen.

Abg. Rau wünscht gleichfalls die Errichtung von Schutzhallen bei den Stationen der Lokalbahnen.

Abg. Straub bittet, die im Etat vorgesehene Errichtung einer Haltestelle in Buchtingen so bald wie möglich erfolgen zu lassen.

Abg. Grüninger dankt der Regierung für den Bau des Bahnhofes in Villingen und bittet um Beseitigung einiger Mißstände im Gepäckbureau.

Abg. Rüdt erhält zu einer außer der Position liegenden Sache das Wort und schildert die gefahrvolle und verantwortungsreiche Arbeit der Rangirer und Wagensteller, die mit einem Anfangslohn von 1 M. 90 Pf. beschäftigt würden. Die Generaldirektion sollte den Leuten bessere Löhne zahlen und ihnen keine Abzüge bei Versehen machen. Den älteren Leuten belasse man häufig ihren Lohn von 2 M. 50 Pf. bis 3 M. nicht, sondern reduzire ihn wegen verminderter Leistungsfähigkeit. Das sei ungerecht. Auch die Bremser und Maschinenhausarbeiter hätten angestrengten Dienst und sollten wenigstens eine kleine Zulage von 10 Pf. pro Tag erhalten. Dadurch würde der Degeneration dieser Leute entgegengetreten werden. Man solle lieber zu Gunsten der Arbeiter die Prachtbauten einfacher machen und die Diäten der höheren Beamten kürzen. Die Verwaltung möge, ähnlich wie die pfälzischen Bahnen, ihren Beamten Remunerationen gewähren. Schließlich macht Redner gegen einen hiesigen Maschineninspektor heftige persönliche Angriffe, weil derselbe seine Arbeiter auf ihr politisches Glaubensbekenntniß hin geprüft habe und ihnen die Theilnahme an den freireligiösen Versammlungen verbieten wollte. Als derselbe den Beamten auch noch beschuldigt, daß er für eine Pfälzer Weinfirma als Commis voyageur fungire, erklärt

Präsident Lamey, daß derlei persönliche Anklagen nicht vor das Forum der Volksvertretung gehören.

Generaldirektor Eisenlohr erwidert dem Vorredner zur Richtigstellung, daß er die Löhne für die Arbeiter verkehrt angegeben habe. Nach der genauen Statistik betrage der Anfangslohn für die Rangirer nicht 1 M. 90 Pf., sondern 2 M. 20 Pf. und mehr. Die Verwaltung halte auch durchaus an dem Grundsatze fest, von Zeit zu Zeit Aufbesserungen der Löhne eintreten zu lassen, um sich einen guten Arbeiterstamm zu erhalten. Es seien auch in den letzten Jahren keine Luxusbauten aufgeführt worden, im Gegentheil wurde der Verwaltung mitunter der Vorwurf gemacht, daß sie zu einfach und unter Beiseitelassung wichtiger und nothwendiger Einrichtungen baue. Wenn der Vorredner nicht ein zu junges Mitglied des Hauses wäre, müßte er wissen, daß auch die badischen Bahnen früher Remunerationen vertheilten, dieselben aber ausdrücklich auf Wunsch der Kammer abgeschafft und in feste Vergütungen umgewandelt wurden.

Abg. Dr. Rüdt meint, er müsse seine Angaben aufrecht erhalten.

Abg. Muser wünscht eine Erklärung der Regierung über das vom Abg. Rüdt geschilderte Verhalten des Inspektors; es müsse jedem Beamten, auch dem niedrigsten, das Recht für seine Ueberzeugung gelassen werden.

Finanzminister Ellstätter erwidert, Herr Muser solle einzelne Fälle angeben, wo den Arbeitern nicht das Recht ihrer politischen Ueberzeugung gelassen werde. Wenn der Regierung solche Fälle genannt werden, würde sie nicht verabsäumen, eine nähere Untersuchung darüber einzuleiten. Abg. Rüdt möge seine vorgebrachte Beschwerde über den Inspektor schriftlich der Regierung einreichen.

Abg. Dr. Rüdt sagt dies zu.

Berichterstatter Wilckens erklärt, daß Niemand in der Kommission wirkliche Uebergriffe einzelner Beamten billigen würde; er unterstütze das Ersuchen um Prüfung der vorgebrachten Beschwerde.

Das Haus nimmt darauf den Budgetsatz des Titels 4, für 1892 2,954,750 M. und für 1893 2,796,750 M., an.

Bei Titel 5, Kosten des Bahntransports, bringt

Abg. Pfefferle einige Klagen über die Heizung in den Personenzügen vor. Darauf wird der Titel, für jedes der beiden Jahre 6,378,350 M., bewilligt.

Titel 6, Kosten der Erneuerung bestimmter Gegenstände, jährlich 3,914 500 M., wird ohne Debatte bewilligt.

Bei Titel 7, Kosten für erhebliche Ergänzungen, Erweiterungen und Verbesserungen, wünscht

Abg. Schlusser Verbesserungen auf dem Bahnhofe Dinglingen.

Abg. Birkenmayer regt die Frage an, ob nicht durch Anlegung weiterer unterirdischer Durchgänge der Verkehr erleichtert werden könnte, z. B. in Waldshut, ferner sei eine Verbesserung oder Erweiterung des dortigen Güterbahnhofes erforderlich.

Abg. Kirchenbauer wünscht, daß bei der Vergebung von Lieferungen der Arbeiten für die Staatsbahnen möglichst inländische Unternehmer berücksichtigt werden möchten. Dem Abg. Rüdt bemerkt Redner, daß ja der Führer seiner Partei Lassalle selber ein eisernes Lohngesetz verlangt habe.

Abg. Eder wünscht Verbesserung des Güterverkehrs in Schwetzingen.

Abg. Dreesbach entgegnet dem Abg. Kirchenbauer, Lassalle habe niemals das Verlangen nach einem „eisernen Lohngesetz" gestellt, Herr Kirchenbauer möge sich doch erst etwas näher über die Grundsätze Lassalles informiren, ehe er dieselben hier kritisire.

Titel 7 wird darauf mit 790,350 Mark für 1892 und ebensoviel für 1893 angenommen, zuzüglich der nachträglich für jedes der beiden Budgetjahre geforderten 183,150 Mark.

Titel 8, Kosten für Benutzung fremder Bahnanlagen und für Dienstleistungen fremder Bahnverwaltungen 990,680 Mark und 1,003,120 Mark und Titel 9, Kosten für Benützung fremder Betriebsmittel, jährlich 1,170,000 Mark werden genehmigt.

Das Haus nimmt darauf die Gesammtausgaben des Eisenbahnbetriebsbudgets mit 30,634,070 Mark für 1892 und 30,660,250 Mark für 1893 an und erklärt die hierauf bezüglichen Bittschriften für erledigt; insbesondere auch die Bittschrift der Bremser bezüglich der etatsmäßigen Anstellung dieses Personals, während der übrige Theil derselben der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen wird.

Es folgt Titel 1 der Einnahme, Personen- und Gepäckverkehr, für 1892 15,730,700 Mark und für 1893 15,800,700 M.

Abg. Birkenmayer ersucht um Abstellung des langen Aufenthalts der Züge in Schopfheim.

Generaldirektor Eisenlohr weist nach, daß der Aufenthalt aus technischen Gründen erforderlich sei.

Abg. Gesell fragt an, in welchem Maße die Herabsetzung der Gepäcktarife geplant sei.

Abg. Klein-Weinheim wünscht schärfere Kontrole des Reisegepäcks; manche Reisende belegten die Wagenabtheile mit zu viel Gepäck, so daß für das Gepäck der übrigen Mitfahrenden kein Platz mehr bleibe.

Abg. Hauß wünscht Abhilfe bezüglich der zu hohen Berechnungen der Gepäckbeförderungen nach den an Lokalbahnen gelegenen Stationen.

Das Haus genehmigt darauf die für Titel 1 eingestellten Summen.

Titel 2, Einnahmen aus dem Güterverkehr, ist mit 25,671,900 M. für 1892 und mit 25,624,400 M. für 1893 eingesetzt und wird genehmigt, ebenso Titel 3, Vergütung für Benutzung von Bahnanlagen u. s. w. durch andere Bahnverwaltungen, jährlich 541,400 M., Titel 4, Vergütung für Ueberlassung von Betriebsmitteln, jährlich 912,000 M. und Titel 5, Erträge aus Veräußerungen, jährlich 1,053,000 M.

Bei Titel 6, verschiedene und zufällige Einnahmen, spricht

Abg. Bassermann die Bitte aus, die großh. Regierung möge, wenn von Seiten der bayerischen Regierung der Wunsch um Verhandlung wegen der Aufhebung des Zolles auf der Rheinbrücke bei Mannheim gestellt werde, sich dieser Beseitigung des Brückenzolles wohlwollend gegenüber stellen.

Titel 6 wird darauf mit jährlich 763,650 Mark bewilligt und alsdann die Gesammteinnahme des Eisenbahnbetriebsbudgets mit 44,673,250 Mark für 1892 und mit 44,695,750 Mark für 1893 angenommen.

Die Ausgaben der Eisenbahnwerkstättenverwaltung werden mit 5,284,890 Mark für 1892 und 5,295,470 Mark für 1893, die Kosten der Eisenbahnmagazinsverwaltung mit jährlich 9,834,470 Mark genehmigt.

Weiter genehmigt das Haus ohne Debatte das Budget der Bodensee-Dampfschifffahrtsverwaltung mit 321,600 Mark für 1892 und 323,600 Mark für 1893, und das Budget über den Antheil Badens am Reinertrag der Main-Neckarbahn für 1892 713,320 Mark und für 1893 776,420 Mark.

Die Tagesordnung ist damit erledigt und das Haus vertagt sich auf Samstag Vormittag 9 Uhr.

Schluß der Sitzung 11½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

÷ Berlin, 23. März.

201. Plenarsitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst 1. und event. 2. Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken.

Abg. Dr. Bürklin (nat.-lib.) ist mit dem Entwurfe einverstanden. Derselbe nehme einen klaren, gerechten und loyalen Standpunkt ein, indem er sage: Ihr dürft dem Weine zusetzen, was Ihr wollt, nur keine schädlichen Stoffe, aber Ihr müßt Eure Zusätze offen bekennen. Der Zustand, wie er sich entwickelt habe, sei unhaltbar geworden. Der Kernpunkt der Frage sei der Zusatz von Zucker, den die Vorlage zur Verbesserung saurer Weine gestatte. Den Kunstwein wünschten die Interessenten ganz verboten zu haben; ein bezüglicher Antrag dürfte indeß hier wenig Erfolg haben, aber er bitte die verbündeten Regierungen, durch Besteuerung der Kunstweinfabrikation der Weinproduktion gegenüber Gerechtigkeit zu üben.

Abg. Dr. Schädler (Zentr.) würde dem Entwurfe gern zustimmen, um endlich dem Widerspruch der gerichtlichen Entscheidungen ein Ende zu machen; aber der Entwurf enthalte Vieles nicht, was er wünsche, und er enthalte Manches, was er nicht wünsche. Die Vorlage verbiete den Kunstwein nicht und lasse den Zusatz von Zucker zu. Wein müsse immer Naturwein sein; werde ein Zusatz gemacht, so müsse das in der Benennung des Weins zum Ausdruck kommen. Die Vorlage enthalte einen Anreiz dazu, mit der Verfälschung des Weines durch Zuckerwasser bis an die äußerste Grenze zu gehen. Die Vorlage schaffe nur ein Vorrecht für den Händler, keinen Schutz für den Weinbauer.

Abg. Schenck (dfrs.): Der Wein sei ein Kunstprodukt, die Natur liefere keinen Wein; es habe also keinen Sinn von Naturwein zu sprechen. Er hoffe, daß diese Vorlage zu Stande kommen werde, und zwar gerade im Interesse des kleinen Weinbauers.

Abg. Dietz (Soz.) erklärt sich gegen die Vorlage. Auch der Arbeiter habe ein Interesse daran, daß der Wein, den er kaufe, unverfälscht sei. Die Zuckerung des Weins sei zu deklariren; durch eine solche Deklaration werde Niemand geschädigt, denn der gezuckerte Wein werde auch gekauft werden, wenn er als solcher deklarirt wird.

Abg. Dr. Bamberger (dfrs.) ist erfreut, daß Abg. Bürklin seinen früheren schroff-puristischen Standpunkt, den heute noch die Abgg. Schädler und Dietz vertraten, verlassen habe. Es fehle ja heute nicht an illustren Beispielen dafür, daß man sich von der öffentlichen Meinung belehren lasse, wenn man sich auf falscher Fährte befand. Der Wunsch nach Erledigung der Vorlage noch in dieser Tagung gehe aus dem Reichstage selbst hervor, und die verbündeten Regierungen seien also nicht für das summarische Verfahren verantwortlich zu machen, in welchem das Gesetz zu Stande gebracht werde. Redner erklärt sich dagegen, daß durch §. 7 der negative Deklarationszwang für Zuckerung in das Gesetz hineingetragen werde. Die Zuckerung des Weins zu deklariren, liege kein Anlaß vor, wenn der Wein nur schmecke und bekomme. Gerade die Masse der kleinen Winzer sei genöthigt, ihren Wein zu zuckern.

Staatssekretär v. Bötticher spricht seine Befriedigung über die geringe Zahl der Ausstellungen aus, die hier erhoben worden, und hofft auf eine baldige Beilegung derselben in der Spezialberathung. Die gegen die verbündeten Regierungen wegen der späten Einbringung der Vorlage erhobenen Vorwürfe seien unbegründet. Die Regierungen hätten sich angelegen sein lassen, die Meinungen der Interessenten kennen zu lernen. Die Vorlage sei seit 4 Wochen eingebracht und es sei noch Zeit zu ihrer Erledigung. Die Puristen würden nach einem Jahre auch keine andere Stellung einnehmen, als heute; es liege also kein Grund vor, zu warten.

Abg. Haus (Zentr.) plädirt für Deklarationszwang. Geschehe die Zuckerung zur Verbesserung des Weines, so möge man sie unbesorgt deklariren; in der Regel handelt es sich aber nicht um die Weinverbesserung. Der kleine Weinbauer habe ein Interesse an der Deklaration, da der Weinhändler lieber saueren als süßen Wein kaufe; versüßen ließe sich der Wein ja immer, aber die Säure könne man ihm nicht geben.

Abg. Menzer (kons.) beantragt Verweisung der Vorlage an eine Kommission. Ein so wichtiges Gesetz lasse sich nicht in solcher Eile erledigen und bedürfe eingehender Prüfung. Der Reichstag sei dazu um so mehr verpflichtet, als die verbündeten Regierungen vier Jahre zur Ausarbeitung des Entwurfs gebraucht hätten. Redner spricht sich sodann für den Deklarationszwang aus.

Abg. Hultzsch (kons.) spricht sich im Interesse des Zustandekommen des Gesetzes, dem er im Allgemeinen zustimmt, gegen Kommissionsverweisung aus, und behält sich ein Eingehen auf Einzelheiten für die 2. Lösung vor.

Kommissionsverweisung wird abgelehnt; die 2. Lesung findet demnächst im Plenum statt.

Es folgt 1. Berathung des Nachtragsetats. (2 Millionen zu den Kosten der Betheiligung des Reichs an der Chicagoer Ausstellung.)

Abg. Samhammer (dfr.) beantragt Verweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. Dr. Bachem (Zentr.): Die Höhe der Nachforderung habe überrascht. Aber jedenfalls müsse alles gethan werden, damit die Betheiligung Deutschlands an der Chicagoer Ausstellung der deutschen Industrie zum Vortheil gereiche. Zu erwägen wäre ob dem Reichskommissär nicht eine kaufmännische Beihilfe zu geben sei, um die Ankuüpfung von Handelsbeziehungen zu fördern.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Höhe der Kosten sei eine Folge des Umfanges der Betheiligung, die eine recht rege sei. Einige Industrien freilich hielten sich noch zurück; er bitte dieselben, sich noch zur Betheiligung zu entschließen, damit die deutsche Industrie in ihrer Gesammtheit vertreten sei. Es werde sparsam gewirthschaftet und hoffentlich nicht alles aufgebraucht werden. Bei der Beschickung der Chicagoer Ausstellung handle es sich nicht blos um Gewinnung neuer, sondern auch um die Erhaltung bereits vorhandener Absatzgebiete. Gegenüber der Anregung des Vorredners weist er darauf hin, daß ein kaufmännischer Beirath schon bestehe. Eine Einmischung in private Handelsgeschäfte wäre nicht angängig.

Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib) befürwortet die Bewilligung. Es handle sich nicht nur um Förderung unserer Handelsbeziehungen, sondern auch um eine Frage nationaler Ehre.

Abg. Goldschmidt (dtschfr.) bemerkt auf eine Auslassung in der Begründung der Vorlage, an dem Fehlschlag der deutschen Industrie in Philadelphia sei lediglich die Industrie selbst schuld gewesen; es handle sich jetzt darum, unsere Ehre wiederherzustellen.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Es folgen Bittschriften.

Die Kommission empfiehlt, über Bittschriften, betreffend die Reform der Eisenbahn-Personentarife ꝛc., mit Rücksicht auf die vom Präsidenten des Reichseisenbahnamtes im Januar abgegebenen Erklärungen zur Tagesordnung überzugehen. (Berichterstatter: Abg. Dr. Giese.)

Abg. Dr. Krause (nat.-lib.) beantragt, diese Bittschriften dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. v. Schalscha (Zentr.) erklärt sich gegen den Antrag, der ganz gleichgiltig wäre, wenn er nicht als Gegenantrag zu dem Kommissionsantrag gestellt wäre. So würde man durch Zustimmung zu demselben bekunden, daß man eine weitere Erleichterung der Freizügigkeit wolle.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Dem Reichskanzler werden als Material überwiesen: Bittschriften von Gerichtsvollziehern wegen Abänderung der Prozeßgesetze und des Gerichtskostengesetzes, Bittschriften, betr. Abänderung des Handelsgesetzbuches, der Gewerbeordnung, der Zivilprozeßordnung und der Konkursordnung; Bittschriften, betr. die Beschränkung der Freizügigkeit minderjähriger Personen und betr. Abänderung des §. 66 des Unfallversicherungsgesetzes.

Eine Bittschrift um reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts wird auf Antrag des Abg. Rickert und unter Befürwortung des Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antis.) dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Die Kommission hatte Erwägung beantragt.

Morgen 12 Uhr: 2. Berathung des Weingesetzes, Rechnungssachen, Wahlprüfungen, Bittschriften.

Deutsches Reich.

* **Karlsruhe**, 24. März. Ueber den Oberpräsidenten Grafen Eulenburg schreibt man der Köln. Ztg.: Ob er als Ministerpräsident ohne Portefeuille oder als Kultusminister in Aussicht genommen ist, steht dahin. Als letzterer würde er vielleicht aus eigener Kenntniß der Verhältnisse in Nassau eine bessere Anschauung von den gemischen Schulen haben, als sein Vorgänger. Einige Blätter dichten dem Grafen Eulenburg große staatsmännische Begabung an. Die Meinung dürfte irrig sein. Graf Eulenburg gilt in amtlichen Kreisen als ein geschäftsmäßig gut verwaltender Büreaukrat, mehr ist für die beiden Stellungen, für welche er in Frage kommt, auch nicht erforderlich. Einen genialen Ministerpräsidenten würde Graf Caprivi nicht vertragen und einen genialen Kultusminister — das preußische Schulwesen nicht, welches einige Zeit braucht, um sich von der Caprivi-Zedlitz'schen Genialität zu erholen. Eine gute büreaukratische Leitung dieses Ressorts ist dazu vor allen Dingen erforderlich, und Graf Eulenburg vielleicht aus diesem Grunde die geeignete Persönlichkeit. Graf Eulenburg, welcher Titel und Rang eines Staatsministers führt, bekleidet den Kasseler Oberpräsidentenposten seit dem Jahre 1881, er selbst ist 61 Jahre alt. Weiteren Kreisen in Deutschland ist er als Festredner bei der großartigen Enthüllungsfeier des Niederwalddenkmals im Jahre 1883 bekannt geworden.

Graf Eulenburg war schon von 1878 bis 1881 Minister des Innern. Er wurde in dieses Amt aus der Stellung als Oberpräsident von Hannover berufen, nachdem die sog. Varziner Verhandlung gescheitert war, gleichzeitig mit Herrn Hobrecht als Finanz- und Herrn Maybach als Minister der öffentlichen Arbeiten. Er gehörte zu den gemäßigten, auf das Zusammenwirken mit den Liberalen bedachten Konservativen; von den Liberalen wurde er indeß damals mit Mißtrauen empfangen, weil man ihm die Aufgabe zuschrieb, die Verwaltungsreform der liberalen Aera rückwärts zu revidiren. Falls er in der That mit solcher Absicht in das Ministerium getreten, so hat er sich bald von der Unräthlichkeit ihrer Ausführung überzeugt; seine Vorschläge kamen auf geringfügige Korrekturen heraus, so daß er mit dem Fürsten Bismarck, der weiter gehen wollte

in Meinungsverschiedenheiten gerieth. Diese führten zu der berühmten Szene im Herrenhaus, wo bei der Berathung einer Novelle zur Kreisordnung der neben dem Minister sitzende Geh. Rath Rommel aus dem Handelsministerium sich unerwarteter Weise erhob, um Namens des Handelsministers Fürsten Bismarck eine Erklärung zu verlesen, welche den vorausgegangenen Aeußerungen des Ministers des Innern widersprach. Dieser nahm seine Entlassung und erhielt Herrn von Puttkamer zum Nachfolger. Graf Eulenburg befand sich dann einige Jahre im Ruhestand, worauf er, nachdem eine Verständigung mit dem Fürsten Bismarck erfolgt war, zum Oberpräsidenten von Hessen-Nassau ernannt wurde. Er hat immer als ein befähigter Beamter gegolten und ist ein sehr gewandter Redner.

Berlin, 23. März. Wie das Berl. Tageblatt aus durchaus zuverlässiger Quelle erfährt, leidet der Kaiser an leichtem Lungenemphysem, das er sich während des Ausflugs nach dem Grunewald zugezogen hat. Die Erkrankung hat zeitweilig leichte asthmatische Anfälle im Gefolge. Die Aerzte schreiben einen Aufenthalt in der dünneren Luft der Schorfheide vor und glauben, daß bei der geringen Intensität des Uebels eine wenn auch nur kürzere Abwesenheit von Berlin sofort Heilung erzielen werde.

Berlin, 23. März. Die Ernennung eines Ministerpräsidenten für Preußen bedeutet zunächst für den preußischen Staat eine Mehrbelastung von 36,000 M. nebst entsprechender Dienstwohnung, welche zur Zeit nicht vorhanden ist. Dem Landtage wird demnach, sobald die Ernennung des Grafen Eulenburg erfolgt ist, ein Nachtragsetat zugehen müssen.

* **Berlin**, 23. März. Beim Reichskanzler v. Caprivi fand heute Abend ein größeres Essen statt, woran zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps, mehrere Minister, Bundesrathsmitglieder und andere hochstehende Persönlichkeiten theilnahmen.

Berlin, 23. März. Die Entscheidung in Hubertusstock soll heute dahin gefallen sein, daß Caprivi, der um 4 Uhr Nachmittags aus Hubertusstock zurückgekehrt ist, vorläufig Reichskanzler bleibt und Graf Eulenburg Ministerpräsident wird. Von Bötticher mußte, lt. Frkf. Ztg., aus persönlichen Gründen und, weil er an der Spitze des Reichsamts des Innern unentbehrlich ist, abgesehen werden.

Wilhelmshafen, 23. März. Das Kreuzergeschwader erhielt den Befehl, über Zanzibar und Ceylon nach China zu fahren. Die Korvette Sophie bleibt in Zanzibar zurück.

Frankreich.

‡ **Paris**, 23. März. Die alte Kirche Saint-Merri im Faubourg-Saint-Martin war gestern Abend der Schauplatz höchst tumultuarischer Auftritte. Wie in mehreren anderen Kirchen hatten dort die Prediger für ihre Fastenpredigten politische Gegenstände gewählt, bei deren Behandlung sie sich auch an ein nicht-gläubiges Publikum richteten. Schon vor acht Tagen predigte der P. Le Moigne über „die Beziehungen zwischen der Republik und der Revolution", und die in der Kirche anwesenden Sozialisten machten einigen Lärm, indem sie drohten, zur nächsten Predigt wiederzukommen. Sie kamen in der That wieder, mehrere hundert Männer und Frauen an der Zahl, und zwar, wie man sagt, unter der Führung Piperaud's, eines Mitglieds des Pariser Gemeinderaths, und einiger anderen bekannten Persönlichkeiten der sozialistischen Partei. Angesichts ihrer drohenden Haltung hielt es der P. Le Moigne für zweckmäßig, statt über den „Pauperismus", wie er angekündigt hatte, über „den Heiland als Retter der Seelen und der Gesellschaft" zu predigen. Man ließ ihn eine Weile ruhig sprechen, aber als er zum zweiten Theil seiner Predigt überging, entstand so furchtbarer Lärm, daß er die Kanzel verließ und sich mit den andern Geistlichen in die Sakristei zurückzog. Ein Anarchist und nach ihm eine Frau stiegen auf die Kanzel, konnten sich aber in dem allgemeinen Geschrei nicht vernehmbar machen. In der Kirche kam es zu wildem Gemenge der Gläubigen und ihrer Gegner. Die Stühle und Betschemel flogen in der Luft umher. Vergebens zog der Organist alle Register, um den Lärm zu übertönen, die Menge stimmte die „Marseillaise" und die „Carmagnole" an. Mehrere Schutzleute, die vor der Kirchenthür Wache hielten, sahen dem Wirrwarr ruhig zu, sie schritten erst dann ein und sprengten die Sozialisten auseinander, als dieselben ihre Gesänge auf der Straße fortsetzen wollten.

‡ **Paris**, 23. März. Ueber den Vorfall in der Kirche Saint-Merri sagt Banc im Paris: „Da sind also die Kirchen in Klubs verwandelt, und man prügelt sich arg in ihnen herum. In Wahrheit, ich finde diese Auftritte beklagenswerth; die Manifestanten hätten besser daran gethan, zu Hause zu bleiben oder, wenn die Neugierde sie anlockte, den Prediger nach Belieben gegen die Revolution und die sozialistischen Sekten eifern zu lassen. Aber ich halte auch mit der Estafette, die nicht der Nachsicht der Anarchisten und Sozialisten verdächtig ist, dafür, daß die Hauptverantwortlichkeit Denjenigen zur Last fällt, welche aus der Kanzel eine politische Tribüne gemacht haben. An sich hat der Lärm in der Kirche Saint-Merri keine Wichtigkeit, aber er ist bedenklich als Symptom der gefahrlichen Lage, welche der Klerus schaffen würde, falls er nicht auf dem Wege einhielte, welchen er zu betreten scheint, um einem Losungsworte zu gehorchen. Die Häupter des Katholizismus, Priester und Laien, befinden sich auf einem gefährlichen Abhange. Sie werfen sich in die streitbare Politik; die Kirche gelangt dahin, eine Partei zu sein und es zu sagen. War die Erklärung der Kardinäle etwas Anderes als ein politisches Manifest? Stellte sich nicht Herr de Mun gestern noch an die Spitze eines Bundes der katholischen Jugend und sagte er nicht laut, daß es sich dabei um eine wesentlich politische, ja mehr noch, eine Wahlunternehmung handle? Das ist reiner Wahnsinn. Begriff man denn nicht, daß man den antiklerikalen Eifer und die antireligiösen Leidenschaften noch erhitzen wird? Wenn die Häupter der Kirche binnen Kurzem die Trennung vom Staate nebst einem sehr strengen Gesetz über die Kultuspolizei haben wollen, so brauchen sie nur fortzufahren." Der Temps erklärt ebenfalls, daß der Klerus für den Vorfall verantwortlich zu machen sei, weil er mehr und mehr von politischen Fragen auf der Kanzel handle.

Großbritannien.

* **London**, 23. März. Das Unterhaus verwarf mit 272 gegen 160 Stimmen in zweiter Lesung die Bill, betreffend die Einrichtung des Achtstundentages in Bergwerken. Chamberlain unterstützte, Matthews bekämpfte die Bill, wofür kein allgemeines Verlangen vorhanden sei. Die Erwartungen, die man auf die Bill setzte, beruhten auf Täuschung; die Bill sei ökonomisch ungesund.

Baden.

* **Karlsruhe**, 24. März. Das Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 5 enthält eine Bekanntmachung des Staatsministeriums vom Heutigen, wonach sich die großh. Ministerien dahin verständigt haben, daß für den äußern und innern Dienst der Behörden und öffentlichen Anstalten vom 1. April d. J. an die mitteleuropäische Zeit maßgebend sein soll.

* **Aus Baden**, 23. März. Der Gemeinderath von Erstein setzte eine Kommission ein zur Prüfung der Frage betr. Einführung des elektrischen Lichtes. — Der Geschäftsbericht der Kreishypothekenbank zu Lörrach beziffert den Nettoüberschuß des Geschäftsjahres auf 66,617 M. 50 Pfg. Die Bank vertheilt 6 Proz. Dividende. Das Aktienkapital beträgt 800,000 M., der Reservefond 160,000 M., und der Extrareservefond 100,000 M. — Der Gewerbe- und Vorschußverein zu Staufen bringt für 1891 6 Proz. Dividende zur Vertheilung.

Volkswirthschaft.

(Landwirthschaftliche Besprechungen und Versammlungen.) Metzlirch. Sonntag, den 27. d. M., Nachmittags 2½ Uhr, im Gasthaus zum Adler in Göggingen landwirthschaftliche Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1) Besprechung über die Arbeiten des Landwirths im Frühjahr mit einleitendem Vortrag des Herrn Landwirthschaftslehrers Gaub; 2) Besprechung über die Aufzucht von Jungvieh mit einleitendem Vortrag des Herrn Bezirksthierarztes Leyendecker. — Mosbach. Sonntag, den 27. d. M., Nachmittags 2½ Uhr, im Gasthaus zur Krone dahier Bezirksversammlung der Viehzuchtgenossenschaft Mosbach, mit welcher eine Besprechung über „Viehzuchtgenossenschaftswesen", eingeleitet durch einen Vortrag des Herrn Oberregierungsraths Dr. Lydtin aus Karlsruhe, verbunden sein wird. — Bruchsal. Sonntag, den 27. d. M., Nachmittags 3 Uhr, in der Bierbrauerei Helmling hier landwirthschaftliche Besprechung über Tabakbau, wobei Herr Kreiswanderlehrer Huber in Durlach den einleitenden Vortrag übernehmen wird. — Pforzheim. Sonntag, den 27. d. M., Nachmittags 2½ Uhr, im Gasthaus zur Kanne in Niefern Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Erstattung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts für 1891; 2) Aufstellung des Voranschlags für 1892; 3) Besprechung über Vereinsangelegenheiten. — Gernsbach. Sonntag, den 27. d. M., Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum Engel in Michelbach landwirthschaftliche Besprechung über die Verwendung von künstlichen Düngemitteln im kleinbäuerlichen Betriebe, eingeleitet durch einen Vortrag des Herrn Geh. Hofrath Professor Dr. Neßler aus Karlsruhe. — Gerlachsheim. Sonntag, den 27. d. M., Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zur Linde hier landwirthschaftliche Besprechung, in welcher Herr Landwirthschaftsinspektor Schmid aus Tauberbischofsheim den einleitenden Vortrag über Rindviehversicherung halten wird.

Handelsnachrichten.

* **Magdeburg**, 23. März. (Zuckerbericht.) Kornzucker ausschl. von 92 Proz. 18.50, Kornzucker ausschl. 88 Proz. Rend. 17.50. Nachprodukte ausschl. 75° Rendem. 15.20. Matt. Brodraffin. I. 29.50. Brodraffin. II. 29.25. Gem. Raffinade mit Faß 29.50. Gem. Melis I. mit Faß 27.50. Ruhig, Preise theilw. nominell. Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg für März 13.62½ G., 13.70 Br., für April 13.72½ bez., 13.75 Br., für Mai 13.90 bez. u. Br., für Juni 14.— bez., 14.07½ Br. Stetig.

* **New-York**, 23. März. Baumwolle in New-York 6 13/16, ditto in New-Orleans 6 5/16, Baumwolle für Juni 6.76, für Juli 6.85, Baumwollezufuhr vom Tage 7000, Ausfuhr nach Großbritannien 12,000, Ausfuhr nach dem Festlande 16,000.

Drahtberichte.

* **Berlin**, 24. März. Der Reichsanzeiger veröffentlicht soeben die Enthebung Caprivi's von seinem Posten als Präsident des preußischen Staatsministeriums unter Belassung in seiner Stellung als Mitglied des Staatsministeriums und als Minister des Auswärtigen. Weiter meldet der Reichsanzeiger die Entlassung des Grafen Zedlitz unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers. Endlich verkündet der Reichsanzeiger die Ernennung des Grafen Eulenburg zum Präsidenten des Staatsministeriums und die Ernennung des Staatssekretärs Bosse zum Kultusminister. (Damit ist die in unserem heutigen ersten Blatte ausgesprochene Hoffnung auf Beilegung der Krisis im Laufe des heutigen Tages in Erfüllung gegangen. Ueber die Persönlichkeit des Grafen Eulenburg finden unsere Leser an anderer Stelle nähere Angaben; er wurde am 31. Juli 1831 als Sohn eines altpreußischen Landhofmeisters geboren. Kultusminister Bosse ist 1831 geboren, also 61 Jahre alt. Er war seit dem Jahre 1876 vortragender Rath im Kultusministerium und seit 1882 Direktor im Ministerium des Innern, seit 1889 Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern. Im vorigen Jahr wurde er zum Staatssekretär im Reichsjustizamt ernannt; als solcher war er auch Vorsitzender der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch. D. Red.)

* **Berlin**, 24. März. (Reichstag.)

Zur Berathung steht das Weingesetz.

Bei §. 1 bedauern die Abgg. Endemann und Witte den Ausschluß der Salicylsäure, welchen der Direktor des Gesundheitsamts Köhler unter Hinweis auf die schnell schwindende Wirkung des Salicyls befürwortet.

Der Paragraph wird unverändert angenommen.

Deßgleichen §. 2 und §. 3 mit dem Antrag Witte auf Gestattung von Verwendung reinen Stärkezuckers.

Direktor Köhler hatte diesen bekämpft.

§. 4 zählt das Verfahren der Deklarationspflichtigen auf.

Abg. Bürklin beantragt, auch die Verwendung von Wasser, Sprit und Mouillage deklarationspflichtig zu machen.

Direktor Köhler ist dagegen, weil dadurch das Inland gegenüber dem Ausland benachtheiligt würde, da die im Auslande vorgenommene Mouillage im Inlande unnachweisbar wäre.

Die Abstimmung ergibt 181 Anwesende, somit die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Eine neue Sitzung wird auf 2½ Uhr anberaumt.

Nachdem die Sitzung wieder eröffnet, wird §. 4 unter Ablehnung des Antrags Bürklin unverändert angenommen.

Bei §. 5 wird der Antrag Weiß auf Anordnung gleicher Deklarationspflicht für die Schaumweinfabrikation abgelehnt und der Paragraph selbst unverändert angenommen.

Deßgleichen §. 6.

* **Berlin**, 24. März. Im Abgeordnetenhause wurde heute die Novelle zum Berggesetze vom 24. Juni 1865 nach längerer Berathung einer Kommission überwiesen. Im Laufe der Berathung erklärte Minister v. Berlepsch, die Regierung sei zu der Vorlage durch den Ausstand von 1889 und durch die Gewerbenovelle im Reichstage geführt worden. Die Ursachen des Streiks werden fortbestehen, wenn nicht eine feste Ordnung geschaffen würde.

* **Berlin**, 24. März. Dem Abgeordnetenhause ging ein Gesetzentwurf über Aufhebung der Befreiung der früher unmittelbaren Reichsstände von Personalsteuern gegen einmalige Kapitalsabfindung zu. Als entschädigungsberechtigt sind aufgezählt die Fürsten Bentheim-Steinfurth, Salm-Salm, Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Solms-Braunfels, Somls-Hohensolms-Lich, Wied, Isenburg Birstein, Isenburg-Büdingen, Stolberg-Wernigerode, Grafen Stolberg-Stolberg, Stolberg-Rosla, Solms-Rödelheim. Der Berechnung für die Entschädigung werden zu Grunde gelegt die auf das Familienhaupt und die bisher Befreiten, künftig steuerpflichtigen Familienglieder pro 1892/93 rechtskräftig veranlagten Einkommensteuersätze. Als Entschädigung wird gewährt der 13½fache Betrag des nach den gesetzlichen Abzügen verbleibenden Theiles der pro 1892/93 rechtskräftig veranlagten Einkommensteuer.

* **Berlin**, 24. März. Die Budgetkommission des Reichstags genehmigte einstimmig die für die Aufstellung in Chicago im Nachtragsetat geforderten zwei Millionen.

* **Berlin**, 24. März. In parlamentarischen Kreisen verlautet heute mit Bestimmtheit, Unterstaatssekretär Bosse sei zum Kultusminister ernannt.

* **Berlin**, 24. März. Die Kreuzzeitung enthält die Meldung, an Stelle Bosses, der bereits zum Kultusminister ernannt sei, wurde der Staatssekretär in Elsaß-Lothringen von Puttkamer zum Staatssekretär im Reichsjustizamt ernannt.

* **Münster**, 24. März. Der Westfälische Merkur veröffentlicht eine Erklärung des Oberpräsidenten v. Studt, worin die Nachricht seiner Ernennung zum Kultusminister für unbegründet bezeichnet wird.

* **Paris**, 24. März. Der Polizeipräfekt hat sämmtlichen Behörden die telegraphische Weisung ertheilt, den Urheber der Explosion auf dem Boulevard St. Germain, den Färbereigehilfen Ravachol zu verhaften.

* **Paris**, 24. März. Das Journal des Debats meldet, die Polizei habe eine Gruppe Anarchisten entdeckt, welche beschlossen hatten, sich des Giftes zu ihren Zwecken zu bedienen. Drei Personen sind verhaftet, die hergestellten Erzeugnisse werden untersucht.

* **Washington**, 23. März. In dem Schriftwechsel zwischen Salisbury und dem Präsidenten Harrison ist die Erwiderung des Letzteren auf die Vorschläge Englands, den Modus vivendi zu erneuern und aufrecht zu erhalten, in lebhafterem Tone gehalten. Der Präsident erklärt, wenn England darauf bestehe, dem Schutze des Robbenfanges bis nach Austragung der Frage durch ein Schiedsgericht seine Mitwirkung zu versagen, so werde er sich genöthigt sehen, die bestehenden Gesetze in Anwendung zu bringen und den Robbenfang nöthigenfalls mit Gewalt zu verhindern. Der Senat überwies nach kurzer geheimer Berathung die Noten dem auswärtigen Ausschusse.

* **Frankfurt a. M.**, 24. März. (Anfangskurse. 1.26.) Kreditaktien 265⅞, Staatsbahn 246⅞, Lombarden 74—, Galizier —.—, Aegypter 96.80, Ungarn 92.40, Diskonto-Kommandit 179.20, Gotthardaktien 134.50. Fest. — Wenigreinnahme der Staatsbahn 44,554 M.

* **Frankfurt a. M.**, 24 März. (2 U. 15 M.) Wechsel auf Amsterdam 168.82, ditto auf London 20.42, ditto auf Paris 81.10, ditto auf Wien 171.82, Priv.Disk. 1⅝, Napoeons 16.22. Kreditaktien 265⅞, Disk.-Komm. 179.20, Schweiz. Nordost 106.50, 60r Loose 123.70, Mittelmeer 90.40, Türken 19.70, 4% prozent. Portugiesen 35.30, bad. Zuckerfabrik 56.—. Fest.

* **Frankfurt a. M.**, 24. März. (3 U. — M.) 3proz. Reichsanleihe 85.10, 4proz. Reichsanleihe 106.75, 4proz. preuß. Konsols 106.45, 4proz. bad. Obligat. in Gulden 102.30, ditto in Mark 104.45, österr. Goldrente 94.90, österr. Silberrente 80.20, 4proz. ungar. Goldrente 92.40, 1880er Russen 92.10, 2. Orientanleihe 64.30, Italiener 88.—, Aegypter 96.90, Spanier 59.20, Zolltürken 59.30, Serben 78.—, Elbthal 201⅝, hess. Ludwigsbahn 108.60, Basler Bankverein 119.10, Handelsgesellschaft 128.90, Darmstädter Bank 124.50, Deutsche Bank 153.80, Dresdener 130.80, Länderbank 173.20. — Nachbörse. Kreditaktien 265¾, Disk.-Komm. 179.—, Staatsbahn 246⅜, Lombarden 74—, Westeregeln —.— Still.

* **Frankfurt a. M.**, 24. März. (5 U. 40 M.) Kreditaktien 265¼, Staatsbahn 246¼, Lombarden 74⅞, Disk.-Komm. 178.80, Aegypter 97.—, Ungarn —. Gelsenk. 127.—, Italiener —.—. Gotthard —.—. Still.

* **Berlin**, 24. März. (2 U. 20 M.) Kreditaktien 171.80, Staatsbahn 123.60, Lombarden 40.60, Diskonto-Kommandit 178.70, Marienburger 56.90. Dortmunder 52.60, Laurahütte 101.10, russ. Noten 205.20, neue 3proz. Anleihe von 1892 85.10.

* **Berlin**, 24. März. (Börse. 2 U. 20 M.) Belangreiche Deckungen befestigten Banken, Fonds und Eisenbahnaktien. Ausländsbahnen, östliche deutsche und heimische 3proz. auf große Geldflüssigkeit sehr fest.

* **Berlin**, 24. März. (Schlußkurse. 5.50.) Disk.-Komm. 178.70, Dortmunder 52.70, Bochumer 109.40, Baseler—.

* **Wien**, 24. März. (Vorbörse. 10 U. 34 M.) Kreditaktien 309.62, Marknoten 58.15, 4% Ungarn 107.45, Staatsbahn 281.75, Lomb. 84.—, Galizier —.—. Fest.

* **Paris**, 24 März. (3 Uhr — M.) 3proz. Rente 96.45, Spanier 59.—, Banque Ottom. 549.—, Türken 19.77, Ungarn —.

* **Paris**, 24. März. (5 Uhr 40 M.) 3proz. Rente 96.50, 3pr. Portugiesen 25⅞, Spanier 59⅛, Türken 19.80, Banque ottom. 552, Ungarn —.—, Rio Tinto 458.—, Banque de Paris 618.

Städtisches.

* **Karlsruhe**, 24. März. Die heutige Fremdenliste der hiesigen Gasthöfe führt als neu angekommen 307 Fremde auf.

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Meteorologische Beobachtungen.

März	Morgens	Ort.	Bar. auf 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. i. Mill.	Wind. Richtung	Wind. Stärke	Wetter.	Temp. in Celsiusgraden
24	8	Mullaghm.	772	NW	leis. Zug	wolkig	6
	8	Aberdeen	767	NW	leicht	halb bed.	7
	8	Christiansf	752	WSW	Sturm	bedeckt	6
	8	Kopenhag.	763	WNW	schwach	Nebel	1
	8	Stockholm	756	SW	leicht	bedeckt	1
	8	Haparanda	750		still	heiter	—10
	8	Petersburg	748	NW	leicht	wolkenlos	— 7
	8	Moskau	744	SW	leis. Zug	Schnee	1
	8	Cork	770	NO	leicht	heiter	6
	8	Cherbourg	768	O	schwach	bedeckt	6
	8	Helder	770	NW	leis. Zug	wolkig	4
	8	Sylt	766	WNW	schwach	Nebel	3
	8	Hamburg	767	WNW	mäßig	bedeckt	3
	8	Swinemde.	765	WSW	schwach	Nebel	0
	8	Neufahrwf	762	WNW	leicht	wolkig	2
	8	Memel	759	WNW	schwach	wolkenlos	1
	8	Paris	768	NNO	leicht	wolkenlos	1
	8	Münster	769	W	leicht	bedeckt	2
	8	Karlsruhe	769	NO	leicht	wolkenlos	1
	8	Wiesbaden	769		still	wolkenlos	3
	8	München	768	NO	leicht	wolkenlos	2
	8	Chemnitz	769	W	leicht	wolkig	0
	8	Berlin	767	NW	schwach	bedeckt	1
	8	Wien	767	NW	schwach	halb bed.	4
	8	Breslau	766	W	leicht	heiter	0
	8	Ile d'Aix	762	O	mäßig	wolkig	6
	8	Nizza	766	O	leis. Zug	halb bed.	6
	8	Triest	765		still	wolkenlos	8

(Uebersicht der Witterung.) Die Luftdruckvertheilung hat sich abermals wider Vermuthen umgestaltet. Die Depression, welche gestern Morgen über Finnland lag, ist abgezogen und das barometrische Maximum im Nordwesten hat sich, an Höhe dabei jedoch abnehmend, südostwärts ausgedehnt, so daß es heute außer Großbritannien, wo sein Kern liegt, noch fast ganz Mitteleuropa umfaßt; hier herrscht dementsprechend wieder heiteres und in Folge kräftiger nächtlicher Ausstrahlung in den Morgenstunden kaltes Wetter. Die geschilderte Luftdruckvertheilung wird voraussichtlich Fortdauer des schönen Frühlingswetters bedingen.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

	Barometer.	Therm. Celsius.	Abs. Feuchtigk.	Rel. Feuchtigk.	Wind.	Himmel	Bemerkung.
23 März. Abds. 9 U.	757,3	+ 5,0	4,9	75	NO	klar	—
24. März. Mrgs 7 U.	757,2	— 0,6	4,1	94	„	„	Reif,
Mittags 2 U.	755,0	+12,0	3,2	31	O	„	—

Bad. Maxau, 24. März. Wasserstand des Rheins 3 M. 68 C., gest. 2 C.

Geboren.

Karlsruhe, 19. März. Johanna Gretchen Josefine, V. Joh. Merl, Schneider. — 22. März. Robert Friedrich, V. Joh. Friedr. Bodier, Maler.

Gestorben.

Karlsruhe, 22. März. Marbeiter, Michael, Kanzleidiener, 58 J.; Nißler, Amalie, Postexpeditors Wwe., 69 J. — 23. März. Friedrich, V. Wagner Fried. Bader, 8 M. 22 T.; Popp, Karoline, 59 J.; Lesenz, Wendelin, 77 J.; Schlenker, Pauline, 19 J.; Haag, Katharina, Dekans Gattin, 77 Jahr.

Todesanzeige.

1266.1 Tieferschüttert geben wir hiermit allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser geliebter Gatte, Vater, Bruder, Schwiegersohn und Onkel,

Herr Ludwig Weber,

Gewerbelehrer a. D. und Direktor der Drahtseilbahn Durlach-Thurmberg,

nach langem schweren Leiden heute sanft verschieden ist.

Durlach, 24. März 1892.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Emilie Weber, geb. Wangner.

Pension.

Eine einzelne Dame nimmt 1—2 junge Mädchen, die hiesige Lehranstalten besuchen, in Pension. Gute Empfehlungen stehen zur Seite. Billiger Preis.

Adresse durch das Kontor d. Bl. unter Nr. 1202.3.2

In einer gebildeten Familie

auf dem Lande, nahe Karlsruhe, schöner Gegend u. freier Lage mit Garten, finden einige Kinder, welche die Wohlthat eines schönen Landaufenthalts genießen sollen, beste Aufnahme: Gesundheitliche Pflege, gewissenhafte Aufsicht u. Erziehung kann zugesichert werden. Nähere empfehlende Auskunft ertheilt 1222.3.3

Herr Stadtpfarrer Brücknes in Karlsruhe.

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.